

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 173

Gewerkschaftsfusion und Tarifautonomie

Von

Peter Koopmann



Duncker & Humblot · Berlin

PETER KOOPMANN

Gewerkschaftsfusion und Tarifautonomie

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 173

Gewerkschaftsfusion und Tarifautonomie

Von

Peter Koopmann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Koopmann, Peter:

Gewerkschaftsfusion und Tarifautonomie / von Peter Koopmann. –

Berlin : Duncker und Humblot, 2000

(Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht ; Bd. 173)

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 1998/99

ISBN 3-428-09939-7

Alle Rechte vorbehalten

© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0227

ISBN 3-428-09939-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Meinen Eltern

Vorwort

Die Arbeit wurde im Wintersemester 1998/99 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende 1998 berücksichtigt. Vor der Drucklegung konnte noch die 6. Auflage des Kommentars von Wiedemann zum Tarifvertragsgesetz eingearbeitet werden. Ferner wurden auch die neuesten Entwicklungen bei der geplanten Dienstleistungsgewerkschaft in die Darstellung aufgenommen.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Reinhard Richardi, der die Arbeit angeregt und hilfreich gefördert hat. Danken möchte ich auch Herrn Professor Dr. Ingo Koller für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ferner danke ich Herrn Dr. Michael Blank, Justitiar beim Vorstand der IG Metall, der mir einen tieferen Einblick in die Praxis der Gewerkschaftsfusionen ermöglicht hat.

Für ihre stetige Unterstützung und Förderung gebührt natürlich meinen Eltern herzlichster Dank, nicht zuletzt auch bei der Erstellung der Reinschrift. Herrn Hans Möhling danke ich schließlich für die Unterstützung bei der EDV-technischen Umsetzung der Arbeit.

Münster, im Mai 1999

Peter Koopmann

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	21
1. Problemstellung	21
2. Stand der bisherigen Forschung	22
3. Methode und Aufbau der Arbeit	23
4. Begriffliches	24

Erster Teil

Empirische Grundlagen:

Der Konzentrationsprozeß der Gewerkschaften in Deutschland 26

A. Die Konzentrationsentwicklung bis zur Gründung des DGB	26
I. Zentralverbände	26
II. Industrieverbände	28
III. Einheitsgewerkschaften	30
B. Fusionen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit	31
I. Die Ausgangslage	31
II. Die Bildung gesamtdeutscher Gewerkschaften	32
1. Ausdehnung der Westgewerkschaften	33
2. Neugründung kompatibler Ostgewerkschaften als Zwischenschritt	34
C. Der aktuelle Fusionsprozeß	36
I. Die Reformdiskussion im DGB	36
1. Hintergrund	36
2. Alternativmodelle zu Gewerkschaftsfusionen	37
3. Die Durchsetzung der Fusionsidee	38

II. Die einzelnen Fusionen	40
1. Die Fusion der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst zur IG Medien	40
2. Die Fusion der IG Bau-Steine-Erden und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft zur IG Bauen-Agrar-Umwelt	41
3. Die Fusion der IG Papier, Chemie, Keramik, der IG Bergbau und Energie und der Gewerkschaft Leder zur IG Bergbau, Chemie, Energie	42
4. Die Fusion der IG Metall mit der Gewerkschaft Textil und Bekleidung	43
5. Die Fusion der IG Metall mit der Gewerkschaft Holz und Kunststoff	45
6. Geplante Neustrukturierung im Dienstleistungssektor	47
III. Ausblick	51

Zweiter Teil

Die rechtliche Umsetzung von Gewerkschaftsfusionen	54
A. Gewerkschaftsfusion im Wege der Gesamtrechtsnachfolge, insbesondere nach dem Umwandlungsgesetz	54
I. Direkte Anwendbarkeit des Umwandlungsgesetzes auf Gewerkschaften	56
1. Der numerus clausus der Umwandlungsberechtigten im Umwandlungsgesetz	56
2. Die Rechtsform der Gewerkschaften	56
a) Gewerkschaften als nichtrechtsfähige Vereine	56
b) Gewerkschaften als rechtsfähige Körperschaften sui generis	58
c) Stellungnahme	58
d) Konsequenzen für die Verschmelzungsfähigkeit nach dem Umwandlungsgesetz	59
e) Möglichkeit der Registereintragung von Gewerkschaften	60
II. Analoge Anwendbarkeit des Umwandlungsgesetzes auf Gewerkschaften	61
1. Verbandsrechtliche Begründungen	62
2. Verfassungsrechtliche Begründungen	63
a) Art. 9 Abs. 3 GG	64
aa) Die Vorenthaltung des Verschmelzungsprivilegs als Einschränkung der Koalitionsfreiheit	64
bb) Das Individualrecht der negativen Koalitionsfreiheit als immanente Schranke der kollektiven Koalitionsfreiheit	67

Inhaltsverzeichnis	11
b) Art. 3 Abs. 1 GG	70
aa) Differenzierung zwischen nichtrechtsfähigen und rechtsfähigen Vereinen, insbesondere zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden	71
(1) Fehlende Registerpublizität als Differenzierungskriterium	71
(2) Personaler Grundzug als Differenzierungskriterium	73
bb) Differenzierung zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien	74
4. Zwischenergebnis	75
III. Einzelschritte der Verschmelzung nach dem Umwandlungsgesetz	75
1. Verschmelzung durch Aufnahme	76
a) Verschmelzungsvertrag	76
b) Verschmelzungsbericht	78
c) Verschmelzungsprüfung	78
d) Verschmelzungsbeschluß	79
aa) Zuständigkeit des Gewerkschaftstages als Delegiertenversammlung	79
bb) Verfahrensvorschriften	81
cc) Erweiterung des satzungsmäßigen Organisationsbereichs	82
e) Außerordentliches Austrittsrecht	83
f) Registereintragung und mögliche Alternativen	84
g) Wirkungen	86
2. Verschmelzung durch Neugründung	86
IV. Anderweitige Begründung einer Gesamtrechtsnachfolge	87
B. Gewerkschaftsfusion im Wege der Einzelrechtsnachfolge nach allgemeinem Vereinsrecht	88
I. Aufnahme von Fusionsverhandlungen	89
II. „Fusionsvertrag“	90
III. Beschlüsse der Gewerkschaftstage	94
1. Auflösungsbeschluß der übertragenden Gewerkschaft(en)	94
2. Weitere erforderliche Gewerkschaftstagsbeschlüsse	95
IV. Mitgliederübergang	95
1. Mitgliederübergang durch korrespondierende Satzungsbestimmungen	97
a) Vereinsrechtliche Grundlagen	97

b) Schutz der negativen Vereinigungsfreiheit	99
c) Zwischenergebnis	100
2. Mitgliedschaftsbegründung durch individuellen Beitritt	100
a) Beitritt durch Eigengeschäft oder Stellvertretung	101
b) Vertragsschluß durch Schweigen als Zustimmung	102
c) Beitritt durch konkludente Zustimmung	107
d) Erweiterung des satzungsmäßigen Organisationsbereichs	108
e) Berücksichtigung der neuen Mitglieder in Gewerkschaftsorganen bzw. sonstigen Gremien	108
V. Liquidation und Vermögensübertragung	109
1. Liquidationserfordernis beim nichtrechtsfähigen Verein	109
2. Möglichkeiten einer vereinfachten Liquidation	111
3. Einzelschritte der Vermögensübertragung	113

Dritter Teil

Die Problematik bestehender Tarifverträge bei Auflösung einer Gewerkschaft 115

A. Fortgeltung von Tarifverträgen nach Auflösung einer Tarifpartei	115
I. Die Rechtsprechung des BAG	115
II. Die Ansichten in der Literatur	117
III. Eigene Stellungnahme	120
1. Vereinsrechtliche Ausgangslage	120
2. Tarifrechtliche Anforderungen	121
3. Nachwirkung gem. § 4 Abs. 5 TVG?	125
4. Allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge	126
5. Zwischenergebnis	127
B. Die Überleitung von Tarifverträgen	127
I. Tarifliche Universalsukzession	127
1. Unternehmen als Leitbild des Umwandlungsgesetzgebers	128
2. Mögliche Parallelen zum Schicksal von Tarifverträgen bei der Unternehmensverschmelzung	130

3. Mitgliedschaftliche Legitimation der tariflichen Normsetzungsbefugnis	131
a) Rechtliche Grundlagen des Legitimationserfordernisses	132
b) Legitimationsdefizit bei der umwandlungsrechtlichen Gesamtrechtsnachfolge	135
c) Mögliche Rechtfertigung des Legitimationsdefizits	137
aa) Außenseiterbindung von Tarifnormen nach dem Tarifvertragsgesetz	137
bb) Regelungsmacht im Umwandlungsgesetz	140
4. Zwischenergebnis	141
II. Andere gesetzliche Überleitungstatbestände	142
1. „Tarifliche Gesamtrechtsnachfolge“	142
2. Analoge Anwendung von § 613a Abs. 1 Satz 2 BGB	143
III. Rechtsgeschäftliche Überleitung bzw. Absicherung von Tarifverträgen	145
1. Tarifvertragsbeitritt	145
a) Neuabschluß oder Beitritt?	145
b) Beteiligung der Arbeitgeberseite	146
c) Mehrgliedrige Tarifverträge	146
d) Vertragsbeitritt vor Mitgliederübergang?	148
e) Probleme der Tarifzuständigkeit	150
aa) Anwendbarkeit der §§ 177 ff. BGB	151
bb) Aufschiebende Bedingung	154
cc) Schuldrechtliche Vereinbarung (Vorvertrag)	155
dd) Umdeutung und Bestätigung unwirksamer Tarifverträge	159
f) Allgemeinverbindliche Tarifverträge	160
g) Bewertung	160
2. Tarifvertragsübernahme	161
a) Tarifrechtliche Zulässigkeit der Vertragsübernahme	162
b) Beteiligung der Arbeitgeberseite	164
c) Voraussetzungen der Vertragsübernahme	165
d) Allgemeinverbindliche Tarifverträge	165
e) Bewertung	166
3. Beteiligung bei Vertragsabschluß	167
a) Vertretung ohne Vertretungsmacht	168

b) Einschaltung einer Kartellgewerkschaft	169
aa) Tariffähigkeit der Kartellgewerkschaft	170
bb) Umbildung in eine Mitgliedergewerkschaft	170
c) Bewertung	172

Vierter Teil

Die Konzentrationswirkung der Gewerkschaftsfusionen und Folgeprobleme im Rahmen der Arbeitsverfassung 175

A. Wettbewerbsbeschränkung durch Gewerkschaftsfusionen	175
I. Kartellwirkung auf dem Arbeitsmarkt	175
II. Wettbewerb der Koalitionen	176
1. Gewerkschaftskonkurrenz	176
2. Gewerkschaftskonzentration	180
a) Monopolisierung der Angebotsseite auf dem Arbeitsmarkt	180
b) Gefährdung des Pluralismus durch korporatistische Tendenzen?	181
aa) Politisch-konzeptioneller Bereich	182
bb) Tariflicher Bereich	183
cc) Innergewerkschaftliche Identifikation und Kommunikation	184
B. Rechtliche Relevanz der Gewerkschaftsfusionen	186
I. Unanwendbarkeit kartellrechtlicher Bestimmungen	186
II. Fehlende rechtliche Grundordnung des Arbeitsmarktes	189
III. Verfassungsrechtliche Relevanz von Gewerkschaftsfusionen	191
IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben im Rahmen einer freiheitlichen Arbeitsmarkt- ordnung	192
1. Parität der Tarifpartner	193
2. Koalitionspluralismus	196
a) Potentieller und tatsächlicher Koalitionspluralismus	196
b) Kompensation mangelnder Verbände Vielfalt durch Außenseiterwettbewerb?	198
c) Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Schutzes	199
aa) Abwehr- und Schutzfunktion der Koalitionsfreiheit	199

bb) Bestehende Einwände	201
cc) Fazit	203
d) Einfachgesetzliche Konkretisierungen des Koalitionspluralismus in der Betriebsverfassung	203
e) Konkrete rechtliche Folgerungen anhand ausgewählter Einzelprobleme ..	205
aa) Das Erfordernis der sozialen Mächtigkeit	206
(1) Soziale Mächtigkeit und Tariffähigkeit	207
(2) Soziale Mächtigkeit und sekundäre Gewerkschaftsrechte	214
(3) Ergebnis	215
bb) Tarifpluralität	216
cc) Verhandlungspflicht	219
3. Binnenpluralismus	220
a) Rechtliche Begründungsansätze	220
b) Minderheitenschutz und verbandsinterne Gruppenbildung	225
Schlußbetrachtung und Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse in Form von Thesen	229
Anhang 1: Der DGB vor und nach den Gewerkschaftsfusionen	235
A. Die Zusammensetzung des DGB bis 1989	235
B. Die Zusammensetzung des DGB 1998	236
C. Die künftige Zusammensetzung des DGB nach Abschluß aller derzeit laufenden und geplanten Fusionen	236
Anhang 2: Vertragsmuster zur Überleitung von Tarifverträgen	237
A. Vertragsmuster über einen Tarifvertragsbeitritt	237
B. Vertragsmuster einer zweiseitigen schuldrechtlichen Vereinbarung über einen späteren Vertragsbeitritt	238
Literaturverzeichnis	239
Sachverzeichnis	255

Abkürzungsverzeichnis

Hinweis: Auf die Erläuterung der Abkürzungen von Mitgliedsgewerkschaften des CGB sowie von ehemaligen FDGB-Gewerkschaften und einigen weiteren Berufsverbänden wird an dieser Stelle verzichtet, da diese im Text lediglich zusätzlich in Klammern hinter dem aus-
geschriebenen Namen des jeweiligen Verbandes angeführt werden.

a.A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobilclub
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz v. 6. 9. 1965
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AOG	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit v. 2. 1. 1934
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung v. 2. 7. 1979
Art.	Artikel
ASt.	Antragsteller(in)
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
AZO	Arbeitszeitordnung i.d.F.v. 20. 4. 1938
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Der Betriebsberater
Beil.	Beilage
BeschFG 1985	Gesetz über arbeitsrechtliche Vorschriften zur Beschäftigungsförderung (Beschäftigungsförderungsgesetz) v. 26. 4. 1985
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung v. 23. 12. 1988
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch v. 18. 8. 1896
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen

BGBI.	Bundesgesetzblatt
Bd.	Band
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWNotZ	Baden-Württembergische Notarzeitschrift
bzw.	beziehungsweise
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DB	Der Betrieb
DBB	Deutscher Beamtenbund
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d. h.	daß heißt
Diss.	Dissertation
DPG	Deutsche Postgewerkschaft
DR	Deutsches Recht
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft v. 25. 3. 1957
Einl.	Einleitung
etc.	etcetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EzA	Entscheidungen zum Arbeitsrecht
f., ff.	folgende
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GdED	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
GdP	Gewerkschaft der Polizei
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften i.d.F. der Bekanntmachung v. 19. 8. 1994 (Genossenschaftsgesetz)
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz v. 23. Mai 1949
GGLF	Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
GHK	Gewerkschaft Holz und Kunststoff
GL	Gewerkschaft Leder
GMH	Gewerkschaftliche Monatshefte
Grundl.	Grundlagen
GTB	Gewerkschaft Abkil-Bekleidung

Halbbd.	Halbband
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
HGB	Handelsgesetzbuch v. 10. 5. 1897
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IG	Industriegewerkschaft
IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IG BE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
IG BSE	Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden
IG CPK	Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik
i.L.	in Liquidation
insb.	insbesondere
i.S.v.	im Sinne von
JböR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KapErhG	Kapitalerhöhungsgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LM	Lindenmaier / Möhring (Hrsg.), Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
KG	Kammergericht
KO	Konkursordnung i.d.F. der Bekanntmachung v. 20. 5. 1898
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
MünchArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NGG	Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
ÖTV	Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PVS	Politische Vierteljahresschrift

RAG	Reichsarbeitsgericht
RAGE	Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts
RdA	Recht der Arbeit
RGRK	Reichsgerichtsrätekommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
S.	Seite
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SchlW	Das Schlichtungswesen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sog.	sogenannt
Tn.	Abnummer
TO	Tarifordnung
TVG	Tarifvertragsgesetz i.d.F. v. 25. 8. 1969
u. a.	unter anderem, und andere
UmwG	Umwandlungsgesetz v. 29. 10. 1994
u.U.	unter Umständen
v.	von, vom
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRV	Weimarer Reichsverfassung v. 11. 8. 1919
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z. B.	zum Beispiel
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
zit.	zitiert
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes
zugl.	zugleich

Einleitung

1. Problemstellung

Die Gewerkschaftslandschaft in Deutschland wurde im Laufe der letzten Jahre durch eine Reihe von Gewerkschaftsfusionen umgestaltet und befindet sich noch immer im Umbruch. Dieser Fusionsprozeß hat nicht nur eine beachtliche gesellschaftspolitische Dimension, sondern wirft auch eine Reihe von rechtlichen Problemen auf. Vor allem die Art und Weise, in der die Zusammenschlüsse vollzogen wurden, gibt Anlaß zu einer kritischen Untersuchung. So stellt sich u. a. die Frage, ob die Rechte der einzelnen Mitglieder im Rahmen der weitgehend von oben gesteuerten Fusionen hinreichende Berücksichtigung gefunden haben. Den Hintergrund einer Reihe von Einzelproblemen bildet der Konflikt zwischen den Individualrechten der Mitglieder und dem Interesse der Verbände an einem möglichst unkomplizierten Verfahren. Zunächst geht es um die rechtliche Umsetzung derartiger Fusionen. Klärungsbedürftig sind dabei im wesentlichen folgende Fragen:

- Nach welchen Rechtsvorschriften richtet sich eine Gewerkschaftsfusion? Ist eine Verschmelzung ohne Abwicklung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge möglich?
- Welche Organe bzw. Gremien sind zu beteiligen? Inwieweit sind Gewerkschaftstagsbeschlüsse zur Umsetzung der Fusion erforderlich?
- Wie vollzieht sich der Übergang der Mitglieder auf die neue bzw. aufnehmende Gewerkschaft? Gibt es einen Weg der kollektiven Übertragung der Mitgliedschaften, oder ist der individuelle Beitritt unverzichtbar?
- Wie wird das Vermögen übertragen? Bedarf es zwingend einer vorherigen Liquidation, oder ist ein vereinfachtes Verfahren denkbar?

Aus dem Gesichtspunkt der Tarifautonomie als Teil der Themenstellung ergibt sich ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit. Bei der Behandlung der tarifrechtlichen Folgeprobleme einer Gewerkschaftsfusion werden nachstehende Aspekte relevant:

- Wie wirkt sich die Auflösung einer Gewerkschaft im Rahmen einer Fusion auf die bestehenden Tarifverträge aus?
- Wie läßt sich eine Übernahme der laufenden Tarifverträge durch die fortbestehende oder neugegründete Gewerkschaft erreichen? Ist eine tarifliche Gesamtrechtsnachfolge denkbar, oder bedarf es der rechtsgeschäftlichen Überleitung?

- Welche Voraussetzungen im Hinblick auf Tarifzuständigkeit und mitgliedschaftliche Legitimation sind zu beachten, und welche rechtliche Konstruktion bietet die meisten Vorzüge?

Schließlich sind die Auswirkungen der gegenwärtigen Entwicklung im Rahmen der rechtlichen Grundordnung des Arbeitsmarktes zu beleuchten, wobei ein gewisser Schwerpunkt bei der Behandlung dieses Problemkomplexes wiederum im Bereich der Tarifautonomie liegen wird. Folgende Leitfragen sind zu nennen:

- Inwieweit wirken sich Gewerkschaftsfusionen wettbewerbsbeschränkend auf dem Arbeitsmarkt aus und verstärken möglicherweise korporatistische Tendenzen?
- Genießen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und gewerkschaftliche Konkurrenz überhaupt rechtlichen Schutz? Inwieweit muß der Staat Koalitionspluralismus gewährleisten oder zumindest ermöglichen und welche konkreten rechtlichen Konsequenzen lassen sich ggf. hieraus ableiten?
- Welche rechtlichen Vorgaben sind angesichts des Phänomens der Gewerkschaftsfusionen für die innere Verfassung der Gewerkschaften zu beachten?

2. Stand der bisherigen Forschung

Die speziell zum Thema Gewerkschaftsfusion erschienene juristische Literatur ist bislang außerordentlich mager. Dies ist vermutlich vor allem dadurch zu erklären, daß erst die jüngste Welle von Gewerkschaftsfusionen ein entsprechendes öffentliches Interesse hervorgerufen hat. Im älteren Schrifttum ist auf eine Dissertation mit dem Titel „Die Auflösung und Fusion von Berufsvereinen und ihre arbeitsrechtliche Bedeutung“ aus dem Jahr 1931 hinzuweisen.¹ Auch im neueren Schrifttum finden sich nur vereinzelte Abhandlungen. So erschienen 1990 zwei Zeitschriftenaufsätze über die Bildung gesamtdeutscher Gewerkschaften.² Ebenfalls vor dem Hintergrund der deutschen Einheit steht die Monographie „Verschmelzung und Koordinierung von Verbänden“, die u. a. auch Gewerkschaften behandelt.³ Die neuere Konzentrationsentwicklung wird durch zwei weitere Aufsätze über die Fusion von Gewerkschaften aus den Jahren 1993⁴ und 1994⁵ begleitet, die als Gutachten in Auftrag gegeben wurden und als rechtliche Grundlage für konkrete Fusionsvorhaben dienen. Eine erneute Behandlung durch *Rieble*⁶ erfährt

¹ v. *Ungern-Sternberg*, Die Auflösung und Fusion von Berufsvereinen, 1931.

² *Rieble*, AuR 1990, S. 365 ff.; *Kempen*, AuR 1990, S. 372 ff.; vgl. auch *Rieble*, JZ 1991, S. 658 ff.

³ *Drobnig/Becker/Remien*, Verschmelzung und Koordinierung von Verbänden, 1991.

⁴ *Reuter*, DZWir 1993, S. 404 ff.

⁵ *Hanau/Kania*, AuR 1994, S. 205 ff. (Rechtsgutachten für den Zusammenschluß von IG BE, IG CPK und GL zur IG BCE).

⁶ *Rieble*, Arbeitsmarkt und Wettbewerb.

das Phänomen der Gewerkschaftsfusionen als Spezialproblem im Rahmen seiner 1997 erschienenen Habilitationsschrift „Arbeitsmarkt und Wettbewerb“. Eine komprimierte Behandlung der wichtigsten hier aufgeworfenen Fragen findet sich schließlich bei Richardi⁷ unter dem Titel „Gewerkschaftsfusion und Tarifautonomie“, der auch der vorliegenden Arbeit zugrundegelegt wurde. Die Rechtsprechung ist, soweit ersichtlich, bislang kaum mit Gewerkschaftsfusionen befaßt gewesen. Lediglich in zwei Entscheidungen des BAG⁸ geht es um Folgeprobleme einer Gewerkschaftsfusion. Fragen der Zulässigkeit und rechtlichen Umsetzung von Vereinsfusionen sind allerdings auch über den Spezialfall der Gewerkschaften hinaus Gegenstand von Rechtsprechung und Literatur. Weitgehend vernachlässigt wird dabei jedoch die Sonderstellung von Vereinen als Tarifverbände. Die tarifrechtliche Literatur beschränkt sich wiederum zumeist auf den Fall der Auflösung einer Tarifvertragspartei, ohne den weitergehenden Schritt der Fusion zu berücksichtigen. Die tarifrechtlichen Wirkungen von Verbandsfusionen und der ordnungsrechtliche Rahmen der Tarifautonomie bedürfen daher besonderer Aufmerksamkeit. Insgesamt ist festzustellen, daß bislang weder die rechtstechnischen Fragen der Gestaltung einer Gewerkschaftsfusion noch die tarifrechtlichen und arbeitsmarktrechtlichen Folgeprobleme eine hinreichende Klärung erfahren haben.

3. Methode und Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit will sich nicht darauf beschränken, die vorhandene juristische Literatur auszuwerten, sondern auch – soweit möglich – die rechtstatsächlichen Vorgänge im Rahmen der bislang erfolgten Gewerkschaftsfusionen berücksichtigen. Den hier entwickelten Lösungsansätzen soll daher immer wieder die bisherige Fusionspraxis gegenübergestellt werden, wobei entsprechendes Material von den einzelnen Gewerkschaften in unterschiedlichem Umfang veröffentlicht bzw. zur Verfügung gestellt wurde.

Um die Tragweite der jüngsten Fusionswelle im historischen Kontext deutlich zu machen, ist im Ersten Teil ein kurzer Überblick über die wichtigsten Entwicklungslinien der gewerkschaftlichen Organisationsgeschichte zu geben, um sodann den aktuellen Prozeß im einzelnen darzustellen, was als empirische Grundlage für die weitere Untersuchung dienen soll. Im Zweiten Teil wird auf die Problematik der rechtlichen Umsetzung eingegangen, wobei sich der Aufbau an den oben aufgeworfenen Fragestellungen orientiert. Die Grobstruktur der Darstellung folgt einer Zweiteilung nach den grundsätzlichen Alternativen Gesamtrechtsnachfolge und Einzelrechtsnachfolge. Dabei werden die Fragen des Mitglieder- und Vermögensübergangs jeweils im Rahmen dieser unterschiedlichen rechtlichen Lösungs-

⁷ Richardi, Gewerkschaftsfusion und Tarifautonomie, FS Kraft, S. 509 ff.

⁸ BAG, AP Nr. 3 zu § 97 ArbGG (Fusion christlicher Gewerkschaften), AP Nr. 9 zu § 9 TVG (Fusion zur IG Medien).